

IRAN

Al-Qaida gegen Mullahs

Teheran hat einen neuen Staatsfeind Nummer eins. In der Provinz Sistan-Belutschistan im Südosten des Landes gewinnt die Rebellengruppe Dschundallah (Armee Gottes) zunehmend an Einfluss. Ihr Anführer ist Abd al-Malik Rigi, 24. Er gehört der Glaubensrichtung der Sunnitn an, die sich von der schiitischen Mehrheit in Iran unterdrückt fühlen, und kämpft angeblich für die Rechte der Belutschen. Die leben im ländlichen Südosten an der Grenze zu Afghanistan und Pakistan. In der Vergangenheit hatte die Gruppe Anschläge auf Soldaten und Regierungsvertreter verübt und die iranische Öffentlichkeit mit Geiselnahmen und Exekutionen vor laufender Videokamera schockiert. Einen Höhepunkt erreichte der Terror am vorvergangenen Wochenende mit dem Überfall auf einen Reisebus und

der Verschleppung von mindestens 21 Geiseln über die grüne Grenze nach Pakistan. Bei der Befreiung durch pakistanische Sicherheitskräfte gab es mehrere Tote und Verletzte.

In iranischen Sicherheitskreisen gilt Dschundallah längst nicht mehr als eine provinzielle Freischärlerbande, die von Entführungen und Drogenhandel lebt. Teheran sieht in Rebellenführer Rigi den Statthalter des Terrornetzwerks al-Qaida in Iran. Zu den Indizien zählt, dass die Organisation Unterstützung von sunnitischen Sympathisanten in Pakistan erhält, die eng mit den Taliban und Qaida-Kämpfern paktieren. Abd al-Malik Rigi wurde in einer pakistanischen Koranschule ausgebildet und soll später an der Seite der afghanischen Fundamentalisten gekämpft haben. Wie die sunnitischen Taliban und al-Qaida geißelt



Rebellenführer Rigi, befreite iranische Geiseln in Pakistan

BANARAS KHAN / AFP



auch Rigi die Schiiten in seinen Reden als „kuffar“, als Ungläubige. Bei al-Qaida und den Taliban sind die Schiiten verhasster noch als Christen und Juden.

Teheran beunruhigt der Terror der Extremisten auch deshalb, weil ein Ultimatum abläuft, das die Qaida dem Mullah-Staat gestellt hat. Abu Omar al-Baghdadi, Führer der irakischen Qaida-

Filiale und selbsternannter Emir eines „Islamischen Staats Irak“, hatte Anfang Juli in einer Tonbandansprache „den persischen Ungläubigen“ mit einem „brutalen Krieg“ gedroht, falls sie weiter die von Schiiten dominierte Regierung in Bagdad unterstützen. Um den Dschundallah-Kämpfern den Rückzug nach Pakistan zu erschweren, soll die Grenze im Rebellengebiet nun mit einem millionenschweren Sofortprogramm gesichert werden.

ITALIEN

Berlusconis Geisterpartei

Ein simpler Besuch beim Notar hat Italiens Politikerkaste aus dem Sommerschlaf gerissen. Im Auftrag ihres politischen Ziehvaters Silvio Berlusconi ließ die umtriebige Unternehmerin Michela Vittoria Brambilla eine „Partei der Freiheit“ als Markennamen eintragen. Sogleich wählten Parteidreunde und Bündnispartner dahinter ein geschicktes Manöver des ehemaligen Premiers, um die Parteienlandschaft auf der Rechten wieder einmal durcheinanderzubringen. Berlusconi wiegelte ab: „Ich wollte einfach verhindern, dass jemand sich dieses Namens bemächtigt.“ Unter der nunmehr geschützten Marke „Partei der Freiheit“ könnten sich jetzt

unabhängige Listen sammeln. Allerdings schloss er nicht aus, dass die neue Retortenpartei einmal zu jener „großen Partei der Gemäßigten“ werden könnte, in der er zurzeit sein politisches Lebensziel sieht. Brambilla ist eine „Berlusconetta“, eine weibliche und sehr viel jüngere Miniaturversion des Ex-Premiers. Ihr Fernsehsender „Das TV der Freiheit“ trommelt gegen das politische Establishment – mit Ausnahme

natürlich von Berlusconi. Sie will auch bereits einige tausend „Freiheitszirkel“ genannte Foren gegründet haben. Diese Auffangbecken für Politikmüde und Nichtwähler existieren bislang eher virtuell.

Romano Prodi, der selbst seit zwölf Jahren mühselig an einer lagerübergreifenden Demokratischen Partei mitarbeitet, kommentierte die Blitzgründung von Mitte-rechts lakonisch: „Mancher

kann's.“ Die jüngsten Umfragen sehen eine Mitte-rechts-Liste unter Berlusconi in deutlicher Führung, sollte es zu vorgezogenen Neuwahlen kommen. Vielen gilt es schon als erstaunlichste Leistung der Regierung Prodi, eine Rückkehr des Medien-milliardärs an die Macht wieder denkbar gemacht zu haben.



Berlusconi, Brambilla